

Politisch abgehängt? Kreisgebietsreform und AfD-Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern

Felix Rösel und Julia Sonnenburg*

In diesem Beitrag zeigen wir, dass die gewachsene politische Distanz durch die Kreisgebietsreform 2011 in Mecklenburg-Vorpommern mit höheren Stimmanteilen für die ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD) bei der folgenden Landtagswahl einhergegangen ist. Gemeinden in besonders stark von der Gebietsreform betroffenen Gebieten, weisen einen um 4 Prozentpunkte höheren Wahlanteil für die AfD auf als direkt benachbarte, weniger stark betroffene Gemeinden. Die AfD verbuchte damit insbesondere in solchen Gemeinden hohe Stimmanteile, deren Einfluss auf Kreisebene durch die Kreisgebietsreform 2011 stark zurückgegangen ist. Wachsende räumliche Entfernungen (Distanz zur Kreisstadt) spielen dagegen eine eher untergeordnete Rolle.

Mit der Kreisgebietsreform 2011 in Mecklenburg-Vorpommern verringerte sich die Anzahl der vormals 12 Landkreise und 6 kreisfreien Städte, auf 6 Landkreise und 2 kreisfreie Städte (vgl. Abb. 1). Die Landesregierung argumentierte, mit der Kreisgebietsreform auf den stetigen Bevölkerungsrückgang und die verringerten Zuschüsse und Fördermittel von Bund und EU zu reagieren [KOSCHKAR und SCHEELE (2011)]. Mit der Kreisgebietsreform entstanden die flächenmäßig größten Landkreise in Deutschland. Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ist mit rund 5.500 km² mehr als doppelt so groß wie das Saarland, weist jedoch nur rund ein Viertel der Einwohner des Saarlandes auf.

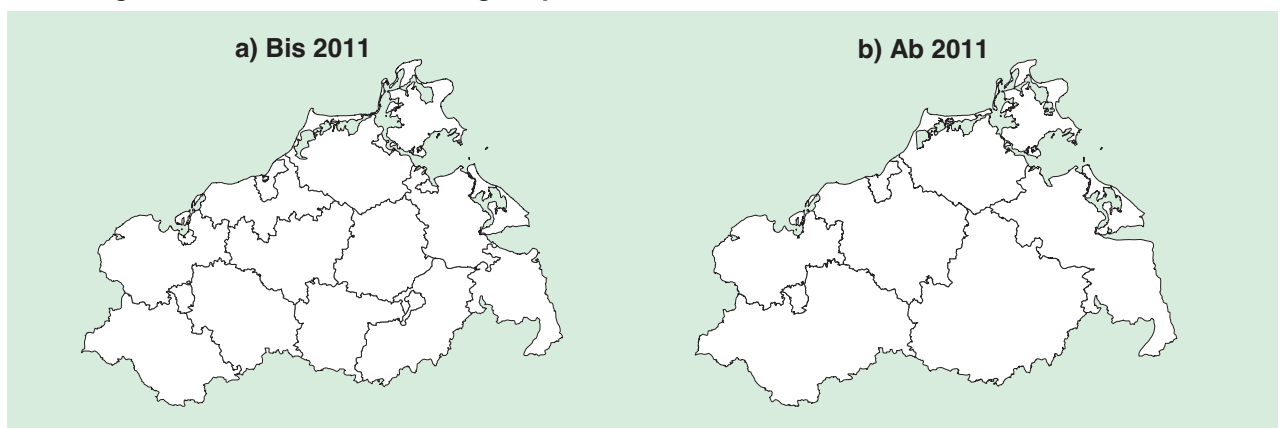
Inzwischen bezeichnen zahlreiche Kommunalpolitiker und Wissenschaftler die entstandenen Landkreise als zu

groß und weisen auf eine mögliche Entfremdung von Kreispolitik und Bürger hin.¹ Innerhalb der politischen Debatte wird in diesem Zusammenhang vermutet, dass durch die Entfremdung bzw. das wachsende Gefühl der „Heimatlosigkeit“ ein Zusammenhang zwischen dem AfD-Wahlergebnis bei der Landtagswahl 2016 und der vorangegangenen Kreisgebietsreform 2011 bestehen könnte. In diesem Beitrag werden wir dieser These anhand der Landtagswahlergebnisse auf Gemeindeebene nachgehen.

Bekannte Evidenz aus bisherigen Studien stützt die These eines Zusammenhangs von Gebietsreform und AfD-Wahlergebnis. GRALKA und HELLER (2015) verweisen darauf, dass allgemein immer mehr Wähler ihre tatsächlichen Einflussmöglichkeiten auf das Politikgeschehen als eher gering einschätzen. Vor allem in Ostdeutschland gehen die Umfrageteilnehmer häufig davon aus, dass Politiker sich kaum für die Belange der Bürger einsetzen. Für den konkreten Fall einer Gebietsreform in Dänemark konnte HANSEN (2015) nachweisen, dass die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der demokratischen Teilhabe sowie mit der Gemeindeverwaltung nach der Gebietsreform signifikant abgenommen hat. Die gestiegene Unzufriedenheit könnte zu steigenden Stimmanteilen für die

* Felix Rösel und Julia Sonnenburg sind Doktoranden der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

AfD bei der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern geführt haben. KROH und FETZ (2016) zeigen, dass insbesondere die Wählerschaft der AfD zu einem übergroßen Teil unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der gegenwärtigen Funktionsweise der Demokratie ist. In Mecklenburg-Vorpommern waren nur 23 % der AfD-Wähler mit der Demokratie zufrieden; 76 % äußerten eine Unzufriedenheit (alle Parteien: Zufrieden: 55 %, Unzufrieden: 44 %) [vgl. INFRATEST-DIMAP (2016)]. Wählerumfragen zu früheren Landtagswahlen in anderen Bundesländern zeigen, dass mindestens vier von fünf AfD-Anhängern mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind [NIEDERMAYER und HOFRICHTER (2016)].

Eine direkte Verbindung von Gebietsreformen und Stimmanteilen für rechtspopulistische Parteien untersucht RÖSEL (2016). Der Autor kann nach der Gemeindegebietsreform 2015 in der Steiermark einen signifikanten Anstieg des Stimmanteils um 2,6 Prozentpunkte für die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) in fusionierten Gemeinden gegenüber nicht-fusionierten Gemeinden nachweisen. Andere Studien zeigen zudem einen Rückgang der Wahlbeteiligung nach Gebietsreformen [FELD und FRITZ (2016), RÖSEL (2016)] sowie der Zahl der Kandidaten auf den Wahllisten [BLESSE und RÖSEL (2016)].²

Dieser Beitrag erweitert die Ergebnisse bisheriger Studien, da wir zwischen gesteigener räumlicher und politischer Distanz durch Gebietsreformen unterscheiden werden. Im Folgenden stellen wir kurz die Kreisgebietsreform 2011 in Mecklenburg-Vorpommern dar, die sich in unterschiedlicher Intensität auf die 753 Gemeinden auswirkte. Anschließend diskutieren wir die hohe Koinzidenz von gesteigener politischer Distanz (geringere Einflussmöglichkeiten der Wählerschaft einer einzelnen Gemeinde auf die Kreispolitik) und AfD-Stimmanteilen und zeigen, dass diese Korrelation im Rahmen einer Regressionsanalyse statistisch signifikant und stabil ist. Wir finden hingegen keinen stabilen Zusammenhang von gewachsener räumlicher Distanz und AfD-Stimmanteilen. Wir schlussfolgern, dass die Stärkung von Außenstellen der Landratsämter oder die Einrichtung einer Außenstelle der Landesregierung nur begrenzten Einfluss auf das Wahlverhalten bei künftigen Wahlen haben dürfte.

Kreisgebietsreform 2011 in Mecklenburg-Vorpommern

Nach Sachsen-Anhalt (2007) und Sachsen (2008) beschloss Mecklenburg-Vorpommern als drittes ostdeutsches Bundesland eine erneute Kreisgebietsreform nach den ersten Gebietsreformen der frühen 1990er Jahre. Im Jahr 2010 verabschiedete der Landtag das entsprechende Kreisstrukturgesetz. Die Zahl der Landkreise in

Mecklenburg-Vorpommern verringerte sich von 12 auf nunmehr 6 Landkreise (Ludwigslust-Parchim, Mecklenburgische Seenplatte, Nordwestmecklenburg, Landkreis Rostock, Vorpommern-Greifswald sowie Vorpommern-Rügen). Dabei gingen mit Ausnahme des bisherigen Landkreises Demmin alle Kreise komplett in einem neuen Großkreis auf. Von den ursprünglich 6 kreisfreien Städten haben lediglich die Hansestadt Rostock und die Landeshauptstadt Schwerin ihren Status beibehalten. In beiden Städten leben insgesamt rund 300.000 Einwohner, gut ein Fünftel der Landesbevölkerung.

Mit der Kreisgebietsreform und der damit verbundenen räumlichen und einwohnermäßigen Vergrößerung der Landkreise gingen lebhaft Diskussionen einher. Neben der Frage möglicher Effizienz- und Kostenvorteile der Reform wurde auch eine mögliche Entfremdung von Kreispolitik und Bürgern thematisiert. Diese Entfremdung könnte einerseits durch eine wachsende *räumliche Distanz* zwischen den Institutionen des Landkreises (Kreisverwaltung, Kreistag) und den Bürgern bzw. Kreistagsabgeordneten entstehen. In größeren Einheiten müssen längere Fahrtwege für Verwaltungsangelegenheiten in Kauf genommen werden, auch die Nähe zum Politikgeschehen im Kreistag nimmt ab. Zum anderen besteht die Gefahr, dass auch die *politische Distanz* zwischen Kreispolitik und Bürgern wächst. Während die Arbeit in den Kreistagen der alten Landkreise vornehmlich durch ehrenamtliche Tätigkeiten geprägt war, sind aufgrund der wachsenden Gemeindezahlen nun hauptamtliche Strukturen für die Arbeit in den Fraktionen notwendig. Zudem schätzen Kommunalpolitiker es zunehmend schwieriger ein, die Problemlagen in allen Regionen zu erfassen [LASSIWE (2016)]. Schließlich sinkt mit der Kreisgebietsreform der Einfluss der Wählerschaft einer einzelnen Gemeinde auf die Kreispolitik. Hierdurch entsteht vielfach der Eindruck, die spezifischen Interessen einzelner Gemeinden werden weniger gut berücksichtigt als in den vormals kleineren Kreisstrukturen; die wahrgenommene Bedeutung der eigenen Gemeinde sowie deren Einflussmöglichkeiten auf Kreisebene sinken. Im Zusammenhang mit der Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern soll im Folgenden untersucht werden, inwieweit das Wahlergebnis der AfD bei der Landtagswahl 2016 auf die gewachsene räumliche oder politische Distanz zwischen von Kreispolitik und -verwaltung und Bürgern zurückzuführen ist.

Kreisgebietsreform und AfD-Wahlergebnis

Bei der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern erzielte die AfD mit einem Stimmenanteil von 20,8 % den zweithöchsten Stimmanteil nach der SPD (30,6 %).³ Um

einen Zusammenhang von AfD-Wahlergebnis und Kreisgebietsreform prüfen zu können, stellt sich zunächst die Frage, wie die gestiegene Distanz zwischen Kreispolitik und Bürgern gemessen werden kann. Basierend auf den vorangegangenen Überlegungen verwenden wir in den Regressionen sowohl die räumliche als auch die politische Distanz. Die räumliche Distanz messen wir dabei als die prozentuale Veränderung der geographischen Entfernung einer Gemeinde (Gemeindemittelpunkt) zur jeweiligen Kreisstadt durch die Kreisgebietsreform 2011. Wir vernachlässigen hierbei die verbliebenen kleineren Außenstellen. Abbildung 2a) verdeutlicht, dass aufgrund der vergrößerten Landkreise die räumliche Distanz zwischen einer Gemeinde und der Kreisstadt (Landratsamt) in einem Großteil der Gemeinden substantiell gestiegen ist. In einigen Gemeinden sank jedoch auch die Distanz zur eigenen Kreisstadt, z. B. im Umfeld von Neubrandenburg. Als zweites Maß verwenden wir die gewachsene politische Distanz. Wir nehmen an, dass die wahrgenommenen, politischen Einflussmöglichkeiten einer Gemeinde umso stärker sinken, je mehr Gemeinden in einem Kreis zusammengeschlossen werden. Als Maß für die politische Einflussmöglichkeit berechnen wir den Anteil der Wahlberechtigten einer Gemeinde an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten eines Landkreises vor (2006) und nach (2016) der Kreisgebietsreform.⁴ Die prozentuale Veränderung dieses Anteils gibt Aufschluss darüber, wie sich die potenziellen Einflussmöglichkeiten einer Gemeinde durch die Gebietsreform verändert haben. Abbildung 2b) verdeutlicht, dass die politische Distanz nach der Reform in manchen Gemeinden um bis zu 80 % zugenommen hat, wobei diese Entwicklung im Südosten des Landes durch die besonders großen Kreise stärker ausgeprägt ist. Ein erster optischer Vergleich von Abbildung 2a) und 2b) mit den AfD-Stimmenanteilen bei der Landtagswahl 2016 (Abbildung 2c)) zeigt, dass besonders jene Gemeinden stärker für die AfD stimmten, bei denen die politische Distanz stärker gestiegen ist, wenngleich in den Stimmanteilen ein allgemeines Ost-West-Gefälle erkennbar ist. Für die räumliche Distanz ist der Zusammenhang weniger eindeutig.

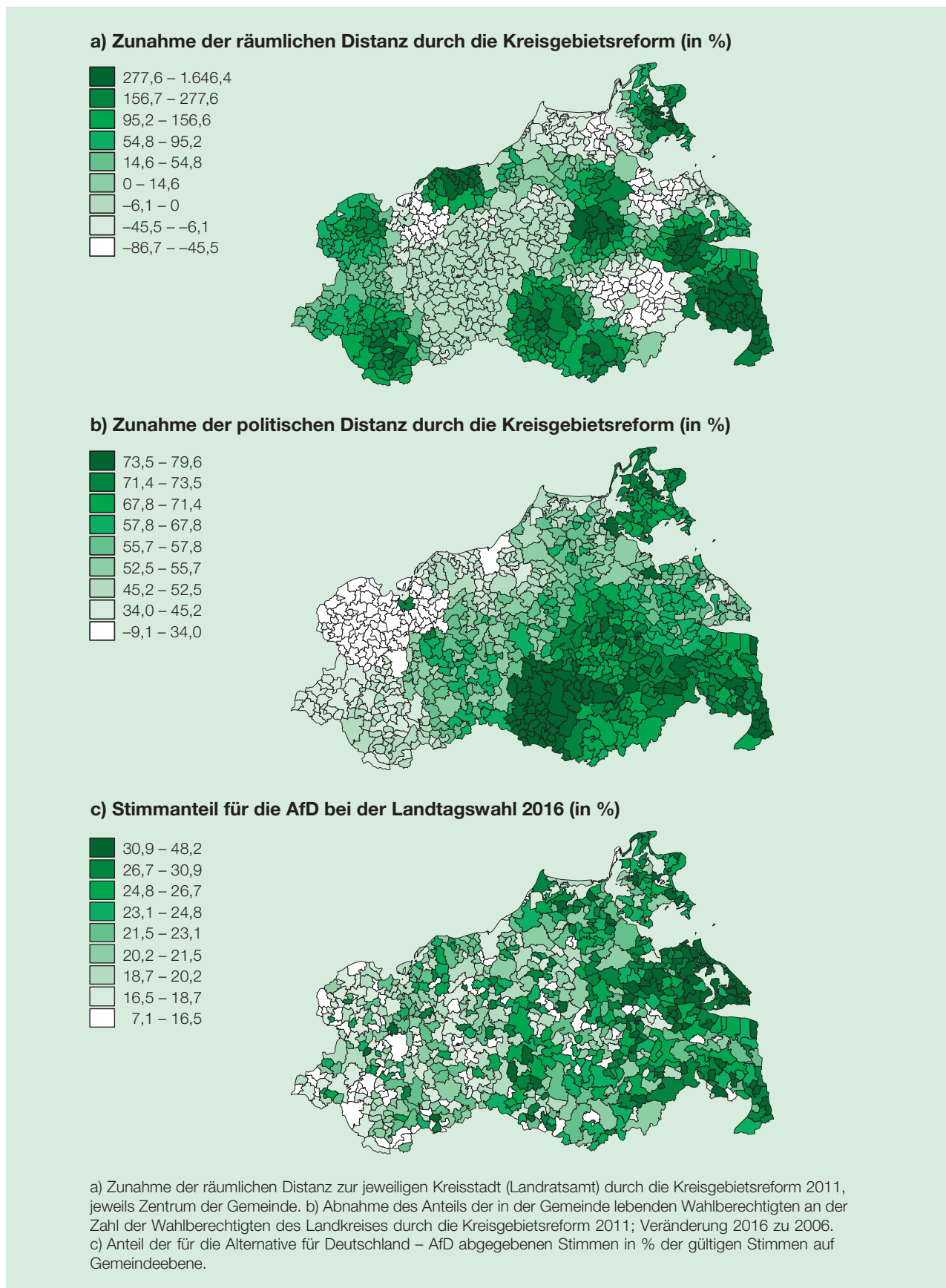
Im Folgenden testen wir, ob die optische Koinzidenz von Entfernungszunahme und AfD-Stimmanteilen auch statistisch signifikant ist. Hierzu spezifizieren wir zwei Regressionsmodelle, in dem wir die AfD-Stimmanteile auf Gemeindeebene mit der Zunahme der räumlichen Distanz oder der Zunahme der politischen Distanz sowie einer großen Anzahl weiterer Kontrollvariablen erklären.⁵ Insbesondere kontrollieren wir für den Wahlanteil der NPD bei der Landtagswahl 2006, um bereits die vor der Kreisgebietsreform 2011 bestehenden Wählerpräferenzen zu erfassen. Wir verwenden weitere soziodemographische Variablen des Zensus 2011.⁶

Zunächst testen wir die Zunahme der räumlichen Distanz zur Kreisstadt bzw. zum Landratsamt durch die Kreisgebietsreform 2011. In Modell (1) in Tabelle 1 erklären wir den Stimmanteil der AfD allein mit der Zunahme der räumlichen Distanz sowie einer Konstanten. Wir finden eine Korrelation zwischen beiden Größen auf dem 5%-Signifikanzniveau. Der Koeffizient von 0,002 bedeutet, dass eine Verdoppelung der Fahrstrecke zum Landratsamt infolge der Gebietsreform (Anstieg um 100 %) mit einem um 0,2 Prozentpunkten höheren AfD-Wahlanteil einhergeht. Dieser Effekt ist numerisch gering und ist nicht mehr statistisch signifikant, wenn wir für weitere Kontrollvariablen wie die Bevölkerungsgröße, Arbeitslosigkeit, Ausländeranteil und andere Größen kontrollieren (Modell (2)). Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass die Zunahme der räumlichen Entfernungen nur eine untergeordnete Rolle für das AfD-Wahlergebnis spielte. Mögliche Erklärungen hierfür sind die Aufrechterhaltung von Außenstellen der Landratsämter in den ehemaligen Kreisstädten sowie die eher seltene Notwendigkeit, als Bürger persönlich das Landratsamt aufzusuchen.

In den Modellen (3) und (4) in Tabelle 1 testen wir analog den Zusammenhang von AfD-Wahlergebnis und Zunahme der politischen Distanz. Die nach der Reform möglicherweise weniger passgenaue Allokation von öffentlichen Mitteln durch den Kreistag betrifft alle Bürger der Altkreise gleichermaßen. Wir finden eine robuste und statistisch signifikante Korrelation von AfD-Stimmanteil und dem prozentualen Rückgang des Einflusses einer Gemeinde im Kreistag. Der in Modell (3) ermittelte Koeffizient von 0,104 gibt an, dass ein Rückgang des Einflusses einer Gemeinde (Zunahme der politischen Distanz) im Kreistag um 50 % mit einem höheren Wahlanteil der AfD von 5,2 Prozentpunkten einhergeht. Dies ist ein substantieller Effekt, da die politische Entfernung im Durchschnitt aller Gemeinden um etwa 56 % zugenommen hat. Wenn für weitere Faktoren kontrolliert wird, sinkt der Effekt auf rund ein Viertel (Modell (4)), bleibt jedoch statistisch signifikant und hat auch weiterhin eine bedeutsame Größenordnung. Im Ergebnis ist es damit insbesondere die durch die Kreisgebietsreform gestiegene politische Distanz zwischen Kreispolitik und Bürgern, die einen substantiellen Teil des AfD-Wahlergebnisses erklärt.

Zur Prüfung der Robustheit unserer Ergebnisse untersuchen wir ein Subsample von möglichst vergleichbaren Gemeinden, die trotz direkter geographischer Nachbarschaft in höchst unterschiedlicher Intensität von der Kreisgebietsreform betroffen sind. Die Abbildungen 2a) und 2b) zeigen, dass die Kreisgebietsreform besonders starke Auswirkungen im früheren Landkreis Müritz (heute: Mecklenburgische Seenplatte) im zentralen Süden des Landes hatte. Für westlich direkt angrenzende Gemein-

Abbildung 2: Auswirkungen der Kreisgebietsreform 2011 und AfD-Stimmanteile bei der Landtagswahl 2016



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Tabelle 1: Regressionsergebnisse

	Abhängige Variable: Stimmenanteil für die AfD bei der Landtagswahl 2016			
	(1)	(2)	(3)	(4)
Zunahme räumliche Distanz ^a	0,002** (0,001)	-0,001 (0,001)		
Zunahme politische Distanz ^b			0,104*** (0,012)	0,027** (0,013)
NPD-Stimmanteil 2006		0,477*** (0,066)		0,458*** (0,064)
Wahlberechtigte (log)		0,027 (0,248)		0,116 (0,246)
Verlust des Kreissitzes ^c		0,203 (0,843)		-0,431 (0,661)
Arbeitslosenrate ^d		0,685*** (0,114)		0,610*** (0,122)
Einkommensteuer-Anteil je Einw. ^e		-4,403 (2,957)		-3,416 (2,87)
Anteil Ausländer an Bevölkerung		0,027 (0,066)		0,016 (0,065)
Anteil Bevölkerung < 18 Jahre		-0,443*** (0,103)		-0,407*** (0,105)
Anteil Bevölkerung > 18 J., < 30 J.		-0,290*** (0,1)		-0,261** (0,104)
Anteil Bevölkerung > 30 J., < 50 J.		0,037 (0,097)		0,058 (0,097)
Anteil Bevölkerung > 65 Jahre		-0,255*** (0,086)		-0,239*** (0,088)
Anteil weibliche Bevölkerung		0,163 (0,125)		0,129 (0,126)
Konstante	22,901*** (0,247)	22,067*** (7,774)	17,260*** (0,658)	20,014** (8,007)
Beobachtungen	753	753	753	753
Adjustiertes R ²	0,007	0,263	0,071	0,265

Die Schätzung wurde mit der Methode der kleinsten Quadrate durchgeführt. Robuste Standardfehler werden in Klammern angegeben. Die Signifikanzniveaus werden folgendermaßen dargestellt: * bedeutet Signifikanz zum 90-%-, ** zum 95-%- und *** zum 99-%-Konfidenzniveau.

a) Zunahme der räumlichen Distanz zur jeweiligen Kreisstadt (Landratsamt) durch die Kreisgebietsreform 2011, jeweils Zentrum der Gemeinde. – b) Abnahme des Anteils der in der Gemeinde lebenden Wahlberechtigten an der Zahl der Wahlberechtigten des Landkreises durch die Kreisgebietsreform 2011; Veränderung 2016 zu 2006. – c) Dummy-Variable für jene vormals kreisfreie Städte, die nach der Reform ihren Kreissitz verloren haben. – d) Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung auf Gemeindeebene. – e) Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Relation zur Bevölkerungszahl je Gemeinde.

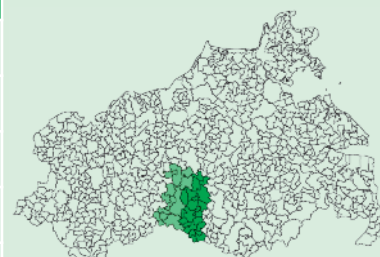
Quellen: LAiV (2016a, 2016b), Bundesagentur für Arbeit (2016), Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2016), Statistisches Bundesamt (2016). Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

den in den Landkreisen Ludwigslust-Parchim und Rostock änderten sich die räumlichen und politischen Entfernungen hingegen deutlich weniger, da z. B. die Städte Parchim und Güstrow Kreisstadt blieben und sich die Fahrstrecke zum Landratsamt folglich nicht änderte. Im Folgenden vergleichen wir 34 benachbarte Gemeinden in dieser Region, wobei 12 Gemeinden starke Veränderungen durch die Gebietsreform erfahren haben (heutiger Landkreis Mecklenburgische Seenplatte) und sich für die übrigen 22 Gemeinden die politischen Rahmenbedingungen moderater änderten. Die in Tabelle 2 dargestellte Karte vermittelt einen Eindruck über die geographische Lage der ausgewählten Gemeinden.

Zunächst testen wir, inwieweit sich die ausgewählten Gemeinden in strukturellen Charakteristika unterscheiden. Tabelle 2 zeigt im unteren Teil (Kontrollvariablen), dass zwischen den beiden Gruppen von Gemeinden keine signifikanten Mittelwertunterschiede in soziodemographischen Merkmalen, dem Steueraufkommen, aber vor allem auch im Wahlanteil für die NPD im Jahr 2006 (vor der Kreisgebietsreform) bestanden. Die einzige Ausnahme ist die absolute Zahl der Wahlberechtigten; Gemeinden im ehemaligen Landkreis Müritz sind geringfügig kleiner als die benachbarten Gemeinden in den westlicheren Landkreisen. Der Unterschied ist jedoch nur zum 10%-Niveau statistisch signifikant.

Tabelle 2: Subsample nach Intensität der Betroffenheit durch die Kreisgebietsreform 2011

Variable	„Grenz- gemeinden“ LUP, LRO	„Grenz- gemeinden“ MSE	Mittelwert- differenz
	Geringere Betroffen- heit	Hohe Betroffen- heit	
	n = 12	n = 22	
Zunahme räumliche Distanz ^a	0,00	178,73	178,73***
Zunahme politische Distanz ^b	57,22	76,81	19,59***
AfD-Stimmanteil 2016	20,63	24,65	4,02**
Kontrollvariablen			
Wahlberechtigte (log)	6,49	5,92	-0,57*
NPD-Stimmanteil 2006	7,44	8,17	0,73
Arbeitslosenrate	4,91	5,19	0,28
Einkommenst.-Anteil je Einw.	0,17	0,16	-0,01
Anteil Ausländer an Bevölkerung	0,88	0,67	-0,21
Anteil Bev. < 18 Jahre	14,67	13,59	-1,08
Anteil Bev. > 18 J., < 30 J.	10,26	11,37	1,11
Anteil Bev. > 30 J., < 50 J.	29,05	28,97	-0,08
Anteil Bev. > 65 Jahre	22,18	20,78	-1,39
Anteil weibliche Bevölkerung	48,41	48,98	0,56



■ LUP, LRO (geringe Betroffenheit)
■ MSE (hohe Betroffenheit)

Die Signifikanzniveaus werden folgendermaßen dargestellt: * bedeutet Signifikanz zum 90%-, ** zum 95%- und *** zum 99%-Konfidenzniveau (basierend auf robustem Standardfehler).

a) Zunahme der räumlichen Distanz zur jeweiligen Kreisstadt (Landratsamt) durch die Kreisgebietsreform 2011, jeweils Zentrum der Gemeinde. – b) Abnahme des Anteils der in der Gemeinde lebenden Wahlberechtigten an der Zahl der Wahlberechtigten des Landkreises durch die Kreisgebietsreform 2011; Veränderung 2016 zu 2006. Für die Definition der weiteren Variablen siehe Tabelle 1.

Quelle: Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

Die Gemeinden unterscheiden sich dagegen signifikant in der Betroffenheit durch die Kreisgebietsreform 2011. Während in den ausgewählten Gemeinden im heutigen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte die räumliche Entfernung zum Landratsamt um mehr als das 1,5-fache zunahm, änderte sich diese in den benachbarten Gemeinden überhaupt nicht. Die politische Distanz nahm durch die Fusion von vier vormaligen Landkreisen um mehr als 75 % zu, während diese in den westlichen Gemeinden der Landkreise Ludwigslust-Parchim und Rostock um weniger als 60 % zunahm. Die Unterschiede sind statistisch signifikant zum 1-%-Niveau. Bemerkenswert ist nunmehr, dass sich auch der AfD-Wahlanteil in beiden Gemeindegruppen signifikant unterscheidet. In den stärker von der Gebietsreform betroffenen Gemeinden lag der Wahlanteil für die AfD um rund 4 Prozentpunkte höher (24,65 %) als in den strukturell vergleichbaren Nachbargemeinden (20,63 %), die jedoch weniger stark von der Gebietsreform betroffen waren. Dieser Befund auf kleinräumiger Ebene legt nahe, dass die in Tabelle 1 gezeigte Korrelation von Auswirkungen der Kreisgebietsreform und AfD-Wahlergebnissen auch kausal interpretiert werden kann. Eine genauere Untersuchung bleibt jedoch der weiteren Forschung vorbehalten.

Fazit

In diesem Beitrag haben wir gezeigt, dass der Wahlanteil der AfD bei der Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern mit der gestiegenen politischen Distanz durch die Kreisgebietsreform 2011, nicht aber durch größere räumliche Distanzen erklärt werden kann. Gemeinden in besonders stark von der Gebietsreform betroffenen Gebieten weisen einen um 4 Prozentpunkte höheren Wahlanteil für die AfD auf als direkt benachbarte, weniger stark betroffene Gemeinden. Analysen auf kleinräumiger Ebene legen den Schluss nahe, dass unsere Ergebnisse auch eine kausale Interpretation zulassen.

Die unterschiedlichen Ergebnisse hinsichtlich der räumlichen und politischen Distanz deuten darauf hin, dass die Auswirkungen der Kreisgebietsreform sich vorrangig über die Wahrnehmung, weniger Einfluss auf das Politikgeschehen nehmen zu können, beschreiben lassen. Die gestiegenen räumlichen Distanzen spielen eine eher untergeordnete Rolle. Aktuelle Lösungsversuche der Landesregierung, wie das Errichten des Sitzes eines Staatssekretärs für den ländlichen Raum in Anklam, dürften daher die politischen Auswirkungen der Kreisgebietsreform kaum beeinflussen. Ähnliches ist bei einer Stärkung der Außenstellen der Landratsämter zu vermuten. Eine Rückkehr zu kleinteiligeren Strukturen könnte die

politische Distanz zwischen Kreispolitik und Bürger verringern, erscheint derzeit aber als unwahrscheinlich. Infolgedessen sollten Alternativen wie z. B. die Aufstellung getrennter Kreistagslisten auf Ebene der Altkreise (wie z. B. in Sachsen) oder die Stärkung der Partizipationsmöglichkeiten auf der Ebene der Gemeinden und Ämter erwogen werden.

Literatur

- BLESSE, S. und F. RÖSEL (2016): Gebietsreformen: Hoffnungen, Risiken und Alternativen, mimeo.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2016): Arbeitsmarkt in Zahlen, Bestand an Arbeitslosen nach Rechtskreisen – Insgesamt, Jahreszahlen 2015, Nürnberg.
- FELD, L. und B. FRITZ (2015): The Political Economy of Municipal Amalgamation – Evidence of Common Pool Effects and Local Public Debt, CESifo Working Paper, Nr. 5676, München.
- GRALKA, S. und J. HELLER (2015): Der Gang zur Wahlurne: Beweggründe für die politische Partizipation, ifo Dresden berichtet (22) 05, S. 3–16.
- HALLA, M., WAGNER, A. und J. ZWEIMÜLLER (2016): Immigration and Voting for the Far Right, Journal of the European Economic Association, im Erscheinen.
- HANSEN, S. (2015): The Democratic Costs of Size: How Increasing Size Affects Citizen Satisfaction with Local Government, Political Studies 63, S. 373–389.
- INFRATEST-DIMAP (Hrsg.) (2016): Umfragen: Ansichten zur Gesellschaft, <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-04-LT-DE-MV/umfrage-gesellschaft.shtml>, abgerufen am 17.10.2016.
- KOSCHKAR, M. und C. SCHEELE (2011): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostocker Information zu Politik und Verwaltung, Heft 31.
- KROH, M. und K. FETZ (2016): Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, DIW Wochenbericht 34/2016, S. 711–719.
- LAIV – Landesamt für Innere Verwaltung (Hrsg.) (2016a): Endgültige Ergebnisse der Landtagswahl am 04. September 2016 in Mecklenburg-Vorpommern, <http://www.mv-laiv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2006/Ergebnisseite/>, abgerufen am 12.10.2016.
- LAIV – Landesamt für Innere Verwaltung (Hrsg.) (2016b): Endgültige Ergebnisse der Landtagswahl am 17.09.2006 in Mecklenburg-Vorpommern, <http://www.mv-laiv.de/Wahlen/Landtagswahlen/2016/Ergebnisseite-nach-Wahltag/>, abgerufen am 12.10.2016.
- LASSIWE, B. (2016): Katzenjammer im Mecklenburger Monsterlandkreis, Lausitzer Rundschau vom 08.10.2016, S. 3.

- NIEDERMEYER, O. und J. HOFRICHTER (2016): Die Wählerschaft der AfD, Zeitschrift für Parlamentsfragen 47, S. 267–285.
- OCHSNER, C. und F. RÖSEL (2016): Migrating Extremists, CESifo Working Paper, Nr. 5799, München.
- RAGNITZ (2016): Wahlerfolge der AfD im Osten – Reflex auf die ökonomische Lage?, Wirtschaftsdienst 10/2016, S. 702–703.
- RÖSEL, F. (2016): Sparen Gebietsreformen Geld? – Ein Überblick über aktuelle Studien, ifo Dresden berichtet (24) 04, S. 45–49.
- STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (Hrsg.) (2016): Realsteuervergleich in Mecklenburg-Vorpommern 2014, Schwerin.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2016): Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit, Mikrozensus 2011, Wiesbaden.
- STEINMAYR, A. (2016): Exposure to Refugees and Voting for the Far-Right: (Unexpected) Results from Austria, IZA Discussion Paper, Nr. 9790, Bonn.

- ¹ Siehe dazu Schweriner Volkszeitung vom 11.10.2016, <http://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/zentralisierung-ist-grundproblem-id15056411.html>, abgerufen am 17.10.2016; Märkische Allgemeine vom 06.10.2016, <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Grosse-Kreise-grosser-Frust>, abgerufen am 17.10.2016.
- ² Eine Vielzahl weiterer aktueller Studien beschäftigt sich mit kontemporären und historischen Einflussfaktoren auf die Wahlergebnisse für die rechtspopulistische FPÖ in Österreich. Siehe z.B. HALLA et al. (2016), OCHSNER und RÖSEL (2016) oder STEINMAYR (2016).
- ³ Die Wahlbeteiligung lag dabei bei 61,9% und ist im Vergleich zur Vorwahl um gut zehn Prozent gestiegen.
- ⁴ Wir verwenden den Gebietsstand vom 04.09.2016. Die Landtagswahl 2011 wird nicht betrachtet, da diese bereits von der geplanten Kreisgebietsreform beeinflusst gewesen sein könnte.
- ⁵ Die bisherigen Analysen zeigen, dass die AfD vorrangig in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, starken Einwohnerrückgängen und einer allgemein geringen Wirtschaftskraft hohe Stimmenanteile erzielt [RAGNITZ (2016)].
- ⁶ Zum gegenwärtigen Zeitpunkt stehen keine aktuelleren Daten des Mikrozensus zur Verfügung. Grundlegende Veränderungen der Variablen zwischen 2011 und 2016 sind jedoch nicht zu vermuten.